

HRRS-Nummer: HRRS 2011 Nr. 1018

Bearbeiter: Ulf Buermeyer

Zitiervorschlag: BGH HRRS 2011 Nr. 1018, Rn. X

BGH 5 StR 241/11 - Beschluss vom 20. Juli 2011 (LG Berlin)

Strafzumessung; Berücksichtigung tilgungsreifer Vorstrafen.

§ 46 StGB; § 51 BZRG

Entscheidungstenor

Auf die Revisionen der Angeklagten D. wird das Urteil des Landgerichts Berlin vom 29. November 2010 nach § 349 Abs. 4 StPO in den Strafaussprüchen gegen diese Angeklagten aufgehoben.

Die weitergehenden Revisionen werden nach § 349 Abs. 2 StPO als unbegründet verworfen.

Im Umfang der Aufhebung wird die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsmittels, an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen.

Gründe

Das Landgericht hat die Angeklagten - unter Teilfreispruch im Übrigen - wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit 1
versuchtem Betrug zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und sieben Monaten (Angeklagter W. D.) bzw. einem Jahr und
fünf Monaten (Angeklagte S. D.) verurteilt, deren Vollstreckung es jeweils zur Bewährung ausgesetzt hat. Gegen die
Verurteilung wenden sich die Angeklagten mit ihren Revisionen. Die Rechtsmittel erzielten mit der Sachrüge jeweils den
aus der Beschlussformel ersichtlichen Teilerfolg. Im Übrigen sind sie aus den Gründen der Antragschrift des
Generalbundesanwalts unbegründet im Sinne des § 349 Abs. 2 StPO.

Beide Strafaussprüche können keinen Bestand haben. Mit Recht weist der Generalbundesanwalt darauf hin, dass das 2
Landgericht im Rahmen der Strafzumessung hinsichtlich beider Angeklagter Vorstrafen herangezogen hat, die wegen
im Zeitpunkt des Urteils eingetretener Tilgungsreife dem Verwertungsverbot des § 51 Abs. 1 BZRG unterlagen. Es hat
den Angeklagten diese Vorstrafen - wengleich unter Berücksichtigung des Zeitablaufs - ausdrücklich angelastet (UA S.
37). Im Hinblick darauf vermag der Senat nicht sicher auszuschließen, dass bei rechtsfehlerfreier strafmildernder
Berücksichtigung von Unbestraftheit etwas niedrigere Strafen verhängt worden wären.